

# Riesauer Tageblatt

Drahtanschrift  
Tageblatt Riesa,  
Bernau Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1599.  
Verlag:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 167.

Donnerstag, 20. Juli 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einfach. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Fortfalls von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (8 Silben) 25 Gold-Münze; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Münze; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerin ist keine Haftung für die Nichtlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: F. Teichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Sachsen erhält 3,6 Millionen für Hausreparaturen

Das Konordat in Rom unterzeichnet.

Freiwillige Spenden zur Förderung der nationalen Arbeit sind Pflicht.

Politische Zusammenkunft in München.

### Europas ehrlicher Mäxter.

Vor den Besprechungen Hendersons mit Hitler. — Der letzte Rettungsversuch für die Abrüstungskonferenz.

Arthur Henderson, Präsident der seit 18 Monaten mit Unterbrechungen tagenden Abrüstungskonferenz, ist ernstlich um die Verwirklichung der Weltabrüstung bemüht. In Genf redeten sich die Abrüstungsexperten aus beiden Seiten. Eine breite Luft gähnte zuletzt zwischen dem „französischen Blod“, der sich jeder wirklichen Abrüstung widersetzt, und den Freunden Deutschlands. Vorkämpfer Adolfs, Deutschlands Vorkämpfer bei der Abrüstungskonferenz, redete sehr offen von einem „Begräbnis erster Klasse, als sich die Abrüstungskonferenz Ende Juni bis zum 18. Oktober vertagte. Deutschland widersprach der Vertagung. Aber die anderen Mächte überstimmten das Reich.

Henderson weiß, daß man mit den alten Verhandlungsmethoden in Genf wahrscheinlich niemals zu einem Ende kommen wird. Dazu sind die Gegensätze zu groß, die Ansichten über den Grad der Abrüstung zu geteilt. Man räumt dem ehemaligen britischen Außenminister Henderson ausbleibende und vermittelnde Fähigkeiten nach. Im Genfer Völkerkongreß vermochte er aber seine Fähigkeiten nicht zur Geltung zu bringen.

Einen Augenblick dachte Henderson daran, gelegentlich der Londoner Weltwirtschaftskonferenz sich mit den Staatsmännern ins Einvernehmen zu setzen. Die Londoner Handelskassen boten dazu wenig Möglichkeit. Und so entschloß sich Arthur Henderson kurzerhand zu einer großen Rundreise durch Europa. In persönlichen Verhandlungen mit den Regierungschefs wollte er die leidige Abrüstungsfrage soweit klären, daß die Konferenz am 18. Okt. nur noch „Normalitäten“ zu erledigen hätte. Zuerst reiste Henderson nach Paris und ließ sich von den Franzosen ihren Standpunkt darlegen. Rom war die zweite Etappe. Und von Rom aus fuhr Henderson direkt nach Berlin. Mehrere Tage unterhielt er sich in der Reichshauptstadt mit dem Reichsaußenminister, mit dem deutschen Hauptdelegierten bei der Abrüstungskonferenz und mit den militärischen Sachverständigen Deutschlands. Einen ganzen Koffer von Informationen nimmt Herr Henderson nach Prag (seiner nächsten Etappe) mit.

Vorüber man im einzelnen in Berlin verhandelte, darüber wird selbstverständlich Stillschweigen bewahrt. Man weiß nur, daß die Besprechungen in einem freundlichen Geist „und in dem Vertrauen geföhrt wurden, einen Erfolg der Abrüstungskonferenz vorzubereiten“. Vor englischen und amerikanischen Pressevertretern ging Arthur Henderson sogar etwas aus sich heraus. Als eine politische Sensation empfanden es jedenfalls die Journalisten, daß Henderson auch den deutschen Reichskanzler in München besuchen wird. Es liegt dem Abrüstungspräsidenten sehr viel daran, mit dem deutschen Regierungschef die politische Lage zu besprechen. In seiner großen Reichstagsrede vom 17. Mai ging ja Adolf Hitler ziemlich ausführlich auf die Ereignisse bei der Abrüstungskonferenz ein. Deutschland ver kündete damals durch den Mund seines Führers die Zustimmung zu dem bekannten englischen Abrüstungsplan. Die Erklärungen des Reichskanzlers ermöglichten erst eine weitere Fortführung der Genfer Abrüstungsbesprechungen. Henderson wird jetzt gemeinsam mit Adolf Hitler überlegen wollen, wie man unter Beachtung des deutschen Gleichberechtigungsanspruchs zu einer wirklichen und dauerhaften Abrüstung gelangen kann.

Arthur Henderson hält wenig von langatmigen Konferenzverhandlungen. Das Abrüstungsproblem hängt — das ist seine Meinung — an einem deutsch-französischen Ausgleich. Deshalb redet der Abrüstungspräsident einer Zusammenkunft des französischen Ministerpräsidenten mit dem deutschen Reichskanzler das Wort. Adolf Hitler und Eduard Daladier sollen sich an den Verhandlungstisch setzen. Alle übrigen Mächte halten sich zunächst abseits. Punkt für Punkt, Zug um Zug müßten die beiden Männer am Verhandlungstisch die Streitfragen durchgehen und miteinander zu klären suchen. So will es wenigstens Henderson. Die Gegenfähigkeit der verschiedenen Standpunkte kennt er. Aber nur in direkten Verhandlungen der beiden Hauptgegner sieht er eine Möglichkeit, die Abrüstungskonferenz doch noch zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Der Welt soll nicht das Schauspiel eines „Begräbnisses erster Klasse“ geboten werden.

Es geht also in der Aussprache zwischen Adolf Hitler und Arthur Henderson um sehr ernste Dinge — vielleicht sogar um die Zukunft Europas. Henderson bietet sich als ehrlicher Mäxter an. Es wird wahrhaftig nicht an Deutschland liegen, wenn die politischen Gespräche wider alles Er-

## Um die „Freiheit“ der Saarabstimmung.

### Eine Erklärung der saarländischen Regierungskommission.

Die Saarbrücken. Die Regierungskommission des Saargebietes teilt folgendes mit:

Das Saargebiet ist ein Abstimmungsgebiet. Die Bevölkerung des Saargebietes ist berufen, durch Abstimmung ihren Willen über drei durch den Friedensvertrag näher bezeichnete Fragen zu äußern. Die Abstimmung hat frei, ohne jeden Zwang, zu erfolgen, woraus sich ergibt, daß jedermann das Recht hat, für seine Überzeugung einzutreten und für sie zu werben. Es ist somit selbstverständlich, daß jede politische Betätigung im Saargebiet, welche sich im Rahmen der Gesetze mit der einen oder dem anderen der durch den Friedensvertrag vorgesehene Lösungen befaßt, gleichmäßig gestattet ist und unter dem Schutze der Staatsgewalt steht. Es darf daher in dieser Hinsicht nicht zu unzulässigen Handlungen gegriffen werden wie z. B. Verhaftungen, Beschlagnahmen, Verurteilungen und vor allem Drohungen. Es ist unstatthaft, daß jemand z. B. als Vertreter gebrandmarkt wird, weil er im Hinblick auf die Volksabstimmung die eine oder andere politische Auffassung vertritt. Die Regierungskommission als Vertreterin des Völkerverbundes greift weder zugunsten der einen noch der anderen Partei in den politischen Kampf ein. Ebenso müssen die Richter und sonstigen mittelbaren und unmittelbaren Staatsbeamten im Dienste dieser Neutralität gewissenhaft beachten.

Die Regierungskommission ist somit verpflichtet, dann einzugreifen, wenn die durch den Friedensvertrag gewährleisteten Rechte bedroht erscheinen und sie ist auch entschlossen, in dieser Hinsicht alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

### „Die Neutralität“ der Saarregierung.

„Berlin. Der Erlass der Regierungskommission des Saargebietes im Hinblick auf die Volksabstimmung verdient auch im Reich großes Interesse. Die an der Spitze des Erlasses verzeichnete Tatsache, daß das Saargebiet ein Abstimmungsgebiet ist, hat in den vergangenen Jahren in den Verhandlungen der Völkerverbundregierung nicht immer ihre volle Würdigung gefunden. Bekanntlich mußte die deutsche Regierung darum kämpfen, daß wenigstens eines der größten

warten ins Stoden geraten sollten. Deutschland wird mit sich reden lassen, wenn man ihm gleiche Rechte in der Völkerrunde gewährt.

Der jetzt gerade 70jährige Henderson ist einfacher Leute Kind. Welche Schwierigkeiten mußte der proletarische Ökonomie überwinden, ehe er sich zum Zeitungsschreiber, dann zum Organisator der Arbeiterpartei und schließlich zum Außenminister Sr. Majestät des britischen Königs herausarbeitete. Von dieser Zeit her bewährte sich Henderson seinen mitreißenden Optimismus. Solche Zuversicht steht an. Und der ehrliche Mäxter Europas würde als Weltfriedensstifter noch in kommenden Zeiten gepriesen werden, wenn es ihm tatsächlich gelingt, bei Herrn Paul-Boncour und bei Herrn Benesch Verhandlung für einen „wirklichen Frieden“ zu erwecken.

### 3,6 Millionen RM für Hausreparaturen in Sachsen

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird Sachsen von dem Reich in Höhe von 3,6 Millionen RM für Hausreparaturen bereitgestellt. Diese Summe soll für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden, Instandhaltung und Umbau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden in landwirtschaftlichen Betrieben und Teilung von Wohnungen und Umbauten verwendet werden.

### Das Konordat unterzeichnet.

Rom. (Funkspruch.) Die Unterzeichnung des Konordates zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich ist erfolgt.

Verstoße gegen den Charakter des Saargebietes als Abstimmungsgebiet die vertragswidrige Besetzung durch französische Truppen beseitigt worden ist. Eine weitere Selbstverständlichkeit ist es, daß die Abstimmung ohne jeden Zwang zu erfolgen hat und jeder für seine Überzeugung einzutreten darf. Eine Beschränkung dieser natürlichen Freiheit der Meinung und der Propaganda ist es aber, wenn die Regierungskommission in dem gleichen Erlaß Maßnahmen aufstellt, die so gehalten sind, daß diese sich ausschließlich gegen die Befürworter der deutschen Lösung der Saarfrage wenden. Das Wort „Vertrauer“, das die Regierungskommission für unzulässig erklärt, kann nach Lage der Dinge im Saargebiet nur für diejenigen in Frage kommen, die sich für den Willen der übermächtigen Mehrheit der Saarbevölkerung und ihrem deutschen Empfinden in Widerspruch setzen und die Interessen einer fremden Macht befürworten. Auch die Regierungskommission sollte wissen, daß derartige Leute überall und unter allen Umständen als Verräter bezeichnet werden, und daß das Ehrwürdige in der Handlungswiese dieser Leute und nicht in der verdienten Anerkennung liegt. In ihrer mehr als dreizehnjährigen Tätigkeit hat die Regierungskommission zurichend Gelegenheit gehabt, den wahren Willen der Saarbevölkerung, die keiner Bevormundung bedarf, kennen zu lernen. Ihre Aufgabe ist es, alle Maßnahmen zu treffen, damit dieser Wille, der durch all die Jahre hindurch konstant geblieben ist, unverfälscht zum Ausdruck kommt, nicht aber die Befürwortung dieses Willens durch Ausnahmemaßnahmen zugunsten landfremder Elemente zu erschweren. Der Völkerverbund als Freund des Saargebietes wird darüber zu wachen haben, daß der oberste Grundsatz des Saarkontrates, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung nicht durch ein nur scheinbar neutrales System beeinträchtigt wird.

### Kirchenneuwahlen im Saargebiet verboten.

„Saarbrücken. Die Regierungskommission hat die auch im Saargebiet für den 23. Juli in Aussicht genommenen kirchlichen Neuwahlen verboten mit der Begründung, daß das Reichsgesetz vom 14. Juli über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche, auf Grund dessen die Neuwahlen ausgeschrieben sind, im Saargebiet keine Gültigkeit hat. Die kirchlichen Neuwahlen könnten daher bis zur gesetzlichen Regelung dieser Frage im Saargebiet nicht stattfinden.

### Der Außenminister nach München gestartet.

„Berlin. Der Reichsaußenminister hat sich heute vormittag zur Teilnahme an den Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson nach München begeben.

### Henderson unterwegs nach München.

„Prag. Der Präsident der Abrüstungskonferenz Henderson ist heute früh 9.30 Uhr im Kraftwagen mit den ihn begleitenden beiden Herren des Völkerverbundsekretariats nach München abgefahren, wo, wie bereits gemeldet, Besprechungen mit dem Reichskanzler Adolf Hitler und dem Reichsaußenminister stattfinden.

### Alle spenden Arbeit.

Ein Appell des Staatssekretärs Reinhardt.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Reinhardt, richtete im Rundfunk an alle Volksgenossen einen Appell, sich an der freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zu beteiligen, wobei er u. a. darauf hinwies, daß schon jetzt im Reichsfinanzministerium täglich Berge von Briefen- und Telegrammen einlaufen, in denen Volksgenossen aller Stände mitteilen, daß sie bis Ende März 1934 laufend einen bestimmten Hundertsatz von bestimmten Bezügen oder Einnahmen als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an ihr Finanzamt überweisen lassen.

Anschließend griff Staatssekretär Reinhardt auf der großen Zahl der Briefe und Telegramme einige heraus, die besonders aufschlußreich für den Überwillen der Bevölkerung sind. So hat u. a. ein Schwerkrankenwärter Bar-